



Der Beauftragte der Bundesregierung  
für die Belange der Patientinnen und Patienten  
sowie Bevollmächtigter für Pflege

EINGEGANGEN

17. Mai 2016

**Karl-Josef Laumann**

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 62, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18 441-3421

FAX +49 (0)30 18 441-3422

E-MAIL Karl-Josef.Laumann@bmg.bund.de

INTERNET www.patientenbeauftragter.de

www.pflegebevollmaechtigter.de

Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaften  
und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertre-  
tungen im diakonischen Werk  
Frau Nicole Müller  
Heinrich-Wimmer-Str. 4  
34131 Kassel

Berlin, 12. Mai 2016

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. April 2016, mit dem Sie auf die Änderungsanträge diako-  
nischer Arbeitgeber zur Bezahlung der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen hinweisen.

Ich gebe Ihnen Recht, dass die Arbeitgeber einen maßgeblichen Einfluss auf die Attraktivität  
des Pflegeberufes haben – insbesondere auch durch eine leistungsgerechte Bezahlung ihrer Be-  
schäftigten, die arbeitsvertraglich zu regeln ist.

Die von Ihnen aufgezeigten Auswirkungen entsprechender Anträge zur Bezahlung der Beschäf-  
tigten stehen jedoch im klaren Widerspruch zu den Bemühungen der Politik, den Pflegeberuf  
aufzuwerten und mehr Menschen für diesen Beruf zu begeistern. Denn gerade mit dem Ersten  
Pflegestärkungsgesetz wurden die Rahmenbedingungen für die Bezahlung der in der Pflege Be-  
schäftigten verbessert, in dem die Zahlung nach Tarif bzw. kirchenarbeitsrechtlicher Entloh-  
nung von den Kostenträgern nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden kann. Dass nun aber  
– wie von Ihnen dargestellt – die vereinbarten Konditionen für Arbeitnehmer verschlechtert  
werden sollen, ist für mich vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

Grundsätzlich wird die Bezahlung nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen als „dritter Weg“  
der Lohnfindung regelhaft in einer paritätisch besetzten arbeitsrechtlichen Kommission bzw.  
im Streitfall durch eine verbindliche Schlichtung festgelegt. In diesen Prozess kann und darf ich  
aus rechtsstaatlichen Gründen nicht eingreifen.

Ich werde jedoch diese Entwicklungen sehr genau verfolgen und - in Abhängigkeit der Ergebnisse - Präsidenten und Vorstand der Diakonie zu einer öffentlichen Stellungnahme auffordern. Eine Kopie dieses Schreibens habe ich vorsorglich an den Präsidenten der Diakonie, Herrn Ulrich Lilie, übermittelt.

Ich wünsche Ihnen bei den nun anstehenden Gesprächen zunächst viel Kraft und verbleibe mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Karl-Josef Laumann', followed by a horizontal flourish.

Karl-Josef Laumann  
Staatssekretär



Der Beauftragte der Bundesregierung  
für die Belange der Patientinnen und Patienten  
sowie Bevollmächtigter für Pflege

Diakonie Deutschland  
Evangelischer Bundesverband  
Präsident Herr Ulrich Lilie  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin

**Karl-Josef Laumann**  
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 62, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 11055 Berlin  
TEL +49 (0)30 18 441-3421  
FAX +49 (0)30 18 441-3422  
E-MAIL Karl-Josef.Laumann@bmg.bund.de  
INTERNET www.patientenbeauftragter.de  
www.pflegebevollmaechtigter.de

Berlin, 12. Mai 2016

Sehr geehrter Herr Lilie,

beigefügt erhalten Sie mein Antwortschreiben an die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaften und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen im diakonischen Bereich, die mich mit (ebenso beigefügten) Schreiben vom 26. April 2016 über umfassende Änderungsanträge diakonischer Arbeitgeber zur Bezahlung der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen informiert haben – zur Kenntnis.

Ich hoffe und vertraue auf faires Ergebnis und verbleibe  
mit freundlichen Grüßen

Karl-Josef Laumann  
Staatssekretär